Fraktionsantrag	Vorlagen-Nr.: **VO/5263/2016** Status: öffentlich Datum: 28.11.2016
Antragstellende Fraktion/en:	SPD Marburger Linke

Beratungsfolge:

Gremium	**Zuständigkeit**	**Sitzung ist**
Magistrat	Stellungnahme	Nichtöffentlich
Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Vorberatung	Öffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	Vorberatung	Öffentlich
Stadtverordnetenversammlung Marburg	Entscheidung	Öffentlich

Antrag Fraktionen Marburger Linke und SPD betr. Unterstützung der Petition "Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Deutschland holen – Relocation jetzt umsetzen!"

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Petition „Geflüchtete aus Griechenland und Italien nach Deutschland holen – Relocation jetzt umsetzen!“

Begründung:

Im Mai hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, angesichts der humanitären Katastrophe in Flüchtlingslagern an der europäischen Grenze, an das Land Hessen und die Bundesregierung zu appellieren, ihre Bereitschaft zu erklären, schnellstmöglich eine große Anzahl von Geflüchteten aufzunehmen. Die Universitätsstadt hat sich bereit erklärt, 200 Geflüchtete aufzunehmen (VO/4812/2016). Auch in anderen Städten haben kommunale Gremien entsprechende Beschlüsse gefasst. Seitens verschiedener Unterstützer/innen-Initiativen ist mittlerweile eine Petition gestartet worden, welche die Bundesregierung auffordert im Sinne des EU-Relocation-Programms weitere Geflüchtete aufzunehmen. Mit der Unterstützung dieser Petition kann die Stadtverordnetenversammlung ihren gefassten Beschluss unterstreichen.

Jan Schalauske
Henning Köster-Sollwedel
Inge Sturm
Roland Böhm

Matthias Simon
Kirsten Dinnebier

Anlage:

Petition „GEFLÜCHTETE AUS GRIECHENLAND UND ITALIEN NACH DEUTSCHLAND HOLEN – RELOCATION JETZT UMSETZEN!“

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Bundesinnenminister,
sehr geehrter Herr Bundesaußenminister!

Deutschland hat sich im Rahmen des europäischen „Relocation“-Programms verpflichtet, bis September 2017 etwa 27.300 Geflüchtete aus Griechenland und Italien aufzunehmen. Diese Selbstverpflichtung wurde bisher völlig unzureichend eingelöst.

Wir fordern Sie deshalb auf, jetzt für eine schnelle und vollständige Umsetzung von „Relocation“ zu sorgen.

Warum ist das wichtig?

Mit dem 2015 von der EU beschlossenen Relocation-Programm sollen Italien und Griechenland entlastet werden – die beiden Länder, über die im letzten und in diesem Jahr Hunderttausende Geflüchtete nach Europa gekommen sind. Insbesondere Griechenland, das selbst unter der Wirtschaftskrise und der von der EU auferlegten Sparpolitik leidet, ist mit einer menschenwürdigen Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten massiv überfordert.

Nach der Schließung der Balkanroute im Frühjahr leben weit über 50.000 Menschen in Flüchtlingscamps, in denen es am Nötigsten fehlt. Die Lager sind oftmals überfüllt, es gibt keine angemessene medizinische Versorgung, die Verpflegung ist schlecht. Viele Camps befinden sich in abgelegenen Gegenden, die Geflüchteten leben in Zelten in verlassenen Industrie- und Lagerhallen ohne Heizung und ausreichende sanitäre Anlagen.

Für viele der Flüchtlinge wäre das Relocation-Programm der Europäischen Union die einzige Hoffnung darauf, Griechenland und die katastrophalen Verhältnisse in den Lagern auf legalem Weg verlassen zu können.

Doch die Zusagen der europäischen Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von Geflüchteten nach diesem Programm werden nur äußerst schleppend umgesetzt. Insgesamt wurden seit September 2015 lediglich gut 6100 Menschen EU-intern umverteilt (Stand: 18. Oktober 2016). Diese „Halbzeit-Bilanz“ des auf zwei Jahre angelegten Programms ist beschämend. Von den im September 2015 zugesagten 160.000 Relocation-Plätzen konnten bis heute gerade einmal 3,7% tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Auch Deutschland hat nur einen Bruchteil der zugesagten Plätze zur Verfügung gestellt - nämlich 216 von gut 27.300. Auch die kürzlich gemachte Ankündigung, künftig monatlich bis zu 500 Geflüchtete jeweils aus Griechenland und Italien aufnehmen zu wollen, ist völlig unzureichend. Sie bedeutet nichts anderes, als dass viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen sind, noch bis zu zwei weiteren Jahren unter schlechtesten Bedingungen leben müssen.

Dafür besteht weder eine Notwendigkeit noch eine moralische Rechtfertigung. In Deutschland sind ausreichend leer stehende Flüchtlingsunterkünfte vorhanden, in denen die Menschen vorläufig unterkommen können. Es gibt eine ganze Reihe von Kommunen, die sich zur Aufnahme bereit erklärt haben und es gibt nach wie vor zigtausende freiwilliger Helfer*innen, die die Geflüchteten willkommen heißen und unterstützen würden.

Das einzige, was fehlt, ist der politische Wille der Bundesregierung. Wir fordern Sie deshalb auf, jetzt zügig und umfassend die zugesagten Relocation-Plätze zur Verfügung zu stellen.

Erstunterzeichner*innen:
57 - Darmstadt verdoppelt
50 aus Idomeni (Osnabrück)
Save me Darmstadt
Save me Mannheim
Initiative "200 nach Marburg"
Flüchtlingshilfe Wolfsburg e.V.
Asylarbeitskreis Heidelberg e.V.
Potsdam-Konvoi

terre des hommes Deutschland e.V.
Bayerischer Flüchtlingsrat
Niedersächsischer Flüchtlingsrat
Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt
Sächsischer Flüchtlingsrat
Flüchtlingsrat Berlin
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

Ramona Lenz (medico international)
Heiko Kauffmann (Aachener Friedenspreisträger 2001, Mitbegründer von Pro Asyl)
Prof. Dr. Klaus J. Bade (Historiker und Migrationsforscher)
Harald Möller-Santner (Ottenser Gespräche Flucht und Migration)
Cornelia Breuker (Ökumen. Flüchtlingsnetzwerk Garbsen)
Edith Weimer (Integrationslotsin in Celle)